

**Konstantin
Wecker
kommt
am
19. Juni
20.00 Uhr**

**Das größte Fest der
Linken in Deutschland**



www.kommunisten.eu



FEST DER SOLIDARITÄT

19.-21. Juni 2009

**Dortmund
Revierpark Wischlingen**

Den Weg für ein sozialistisches Europa öffnen

**Positionen der DKP
zur Wahl des Europäischen Parlaments**



Das will die DKP

- JA** zu einem Europa, das sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert und in dem die Wirtschaft den Menschen dient
- Nein** zu einer Europäischen Union der Banken und Konzerne
- JA** zu einem Europa der sozialen Sicherheit, der solidarischen wirtschaftlichen Kooperation, des Schutzes der Umwelt, des Rechts auf sinnvolle Arbeit in Würde
- Nein** zu einer Europäischen Union des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz, des Lohn- und Sozialdumping
- JA** zu einem Europa mit öffentlicher Dienstleistung und Zugang zu sozialer Sicherung, Gesundheit, Bildung und Information für Alle
- Nein** zu einer Europäischen Union der Privatisierung von sozialer Sicherung, Gesundheit, Bildung, Transport, Wasser und Energie
- JA** zu einem Europa mit gleichen Chancen und gleichen sozialen und demokratischen Rechten für alle Menschen die hier leben
- Nein** zu einer Europäischen Union der Ausgrenzung und sozialen Spaltung
- JA** zu einem solidarischen Europa, das offen ist für Menschen in Not
- Nein** zur „Festung Europa“ mit abgeschotteten Außengrenzen und militarisierter Flüchtlingsabwehr
- JA** zu einem Europa, das zur Bekämpfung der weltweiten Armut beiträgt
- Nein** zu einer Europäischen Union, die die Entwicklungsländer den Interessen der Konzerne unterwirft und die Lebensmittel zu Benzin macht
- JA** zu einem Europa mit mehr Demokratie von unten und effektiver Mitbestimmung auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft
- Nein** zum „Reformvertrag von Lissabon“
- JA** zu einem Europa des Friedens, der Abrüstung und der internationalen Kooperation
- Nein** zu einer Europäischen Union der Aufrüstung, der Beteiligung an weltweiten Kriegseinsätzen und der immer engeren Bindung an die NATO

„alle Verhältnisse umzuwerfen,
in denen der Mensch ein erniedrigtes,
ein geknechtetes, ein verlassenes,
ein verächtliches Wesen ist...“.

(Karl Marx)



Europas Zukunft:

Konkurrenz oder Solidarität und Kooperation

Die Arbeiter und Angestellten haben mit ihrer Arbeit und ihrer Kreativität die Europäische Union zur reichsten Regionen der Welt gemacht. In Europa könnte für Alle das Grundrecht auf existenzsichernde, menschenwürdige Arbeit verwirklicht und die Arbeitszeit so reduziert werden, dass Raum für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, für Familie, Bildung und Kultur, für Kreativität geschaffen wird. Soziale Sicherheit und ein würdiges Leben für alle Menschen wären möglich. Zugleich könnte Europa dazu beitragen, dass der Hunger auf der Welt bekämpft wird und dass die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem erhalten wird. Europa könnte zu einer Welt des Friedens und der Gerechtigkeit beitragen.

Die Realität ist anders.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit haben sich in den zurückliegenden Jahren rapide verschlechtert: längere Arbeitszeiten, ungenügende Löhne, steigendes Renteneintrittsalter, Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, wachsende Armut und Ungleichheit, soziale Unsicherheit, prekäre Beschäftigung durch befristete Arbeitsverhältnisse, Mini-Jobs und Leiharbeit bestimmen das



Leo Mayer, Informatiker Spitzenkandidat der DKP zur Europawahl



Die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, nämlich der hemmungslosen Jagd nach Profit, und all dem, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht – Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität, Entfaltung der Persönlichkeit – wird immer offensichtlicher. Gegenwärtig sind wir mit einer Krise des globalen Kapitalis-

mus konfrontiert, die ungeheure Verunsicherung und Elend über Millionen Menschen bringt. Diese Krise ist eine unmittelbare Folge der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Sie kann deshalb auch nicht innerhalb des kapitalistischen Systems gelöst werden. Die notwendige Veränderung bedarf einer gesellschaftlichen und politischen Kraft außerhalb der dafür verantwortlichen Politik- und Wirtschaftseliten. Diese Kraft kann nur aus den gesellschaftlichen Bewegungen – Gewerkschaften, globalisierungskritische, feministische, antifaschistische Bewegungen, Friedensbewegung, usw. – kommen. Die DKP versteht sich als Teil dieser Bewegungen für eine andere Welt. Mit unserer Kandidatur bringen wir in die gegenwärtigen Kämpfe die Frage nach der kommunistischen Zukunft ein.

Mehr denn je steht die EU an einem Scheideweg: Entweder sie setzt ihre bisherige kapitalistische Politik fort und vertieft damit ihre Finanz-, Sicherheits-, Lebensmittel- und Energiekrise weiter. Oder sie wandelt sich zu einem Raum von nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit, Frieden und gegenseitiger Zusammenarbeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, demokratischer Partizipation und Solidarität, wo Antifaschismus, Antirassismus, bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte gängige Praxis sind.

Die Wahl liegt in den Händen der Völker. Um Resignation oder Wahlenthaltung zu überwinden, sagen wir: Es gibt Alternativen. Die Politik auf nationaler und europäischer Ebene muss und kann verändert werden.

Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahl zum Europäischen Parlament 2009

Leben. Das Leben der Menschen in ganz Europa wird von Ungewissheit, Angst, psychischem Druck, Entsolidarisierung und Gewalt gegen die Schwächeren beherrscht.

Die neoliberale Politik der EU hat dazu geführt, dass sich die Lage der meisten Frauen verschlechtert hat. Armut ist weiblich. Die Ursachen für die Feminisierung der Armut sind: Verdrängungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und ungleiche Entlohnung zwischen Frauen und Männern und männerorientierte Bildungs- und Ausbildungssituationen für Mädchen und Frauen, fehlende gesellschaftliche Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Erweiterung der EU zu den Bedingungen eines neoliberalen Marktes hat Millionen von Frauen insbesondere in den süd- und osteuropäischen Ländern in die Prostitution gezwungen. Jährlich werden in Europa 500 000 Frauen auf dem Markt gehandelt. Prostitution und Zwangsprostitution sind wieder zu einer einträglichen Branche im Kapitalismus geworden. Jede 5. Frau wird in Europa ein Opfer von Gewalt durch den männlichen Partner. Die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz gehört zum beruflichen Alltag. Migrantinnen sind in den europäischen Gesellschaften doppelt betroffen: Sie werden diskriminiert und beruflich

Auf finanziellem Gebiet hat die Krise die entscheidende Rolle des Kredits offensichtlich gemacht. Von Städten und Regionen bis hin zum System der Europäischen Zentralbank müssen Kredite in den produzierenden Sektor der Wirtschaft umgeleitet und vorrangig für Beschäftigung, für soziale und ökologische Ziele ausgereicht werden. Um diese Neuorientierung von Kredit und Geld durchzusetzen, fordern wir die öffentliche und gesellschaftliche Kontrolle über das Bank- und Finanzsystem. Wir stehen für das Recht der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen sowie der örtlich gewählten Abgeordneten, die Verwendung von Krediten und Subventionen zu kontrollieren.

ausgegrenzt als Frau und Migrantin. Gleichzeitig erfolgt der Angriff auf die erkämpften Rechte der Frauen in allen europäischen Ländern. Inzwischen wird in einigen Ländern bereits das Recht auf Abtreibung in Frage gestellt oder zurückgenommen. So wird der Kampf um das Recht auf Gleichstellung nicht nur ideologisch, sondern auch politisch rückgängig gemacht, die traditionelle Rollen-zuweisung wird auch auf diese Weise immer neu reproduziert.

Auf der anderen Seite erreichen die Profite der Konzerne astronomische Höhen. Die Reichen werden immer reicher.

Anstatt dass Europa zur Lösung der globalen Probleme – wie Hunger, Kriege oder drohende Klimakatastrophe – beiträgt, verschärft die Europäische Union durch ihre Handels-, Energie- und Militärpolitik weltweit die Probleme. Die Europäische Union knebelt die Entwicklungsländer mit ungerechten Handelsverträgen und plündert Afrika aus.

15 Jahre Maastricht-Vertrag und die „Lissabon-Strategie“, mit der Europa zum

„wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum“ der Welt gemacht werden soll, haben zu dieser Situation geführt. Das ist so, weil die heutige Europäische Union von den Interessen der Banken und Großkonzerne, des Finanzkapitals und der Multis dominiert wird.

Die Europäische Union, das ist Politik aus den Konzernen, für die Konzerne, durch die Konzerne.

Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedsländer haben sich geradezu überboten, beim Wettlauf um die niedrigsten Steuern auf Spitzen-einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne. Zur Stärkung der Konkurrenz- und Exportfähigkeit wurden Sozialleistungen gekürzt und privatisiert, Löhne gesenkt und die Arbeitszeit verlängert. Betriebe und ganze Regionen wurden und werden ebenso zu einander in Konkurrenz gesetzt wie nationale Sozialstandards und Arbeitsbedingungen. Sie haben die Finanzmärkte entfesselt und so aktiv dazu beigetragen, dass Konzerne, Investmentfonds und die Superreichen ihre Geldmassen auf den Finanzmärkten immer schneller, höher und riskanter verwerten konnten. Europäische Banken und Finanzinstitutionen sind tief in die Immobilienspekulation in den USA verstrickt. Nachdem sie sich dabei verzockt haben, rufen sie jetzt nach der rettenden Hand des Staates und wollen das Geld der Steuerzahler.

Die Banken- und Finanzkrise hat sich mit der zyklischen Krise der kapitalistischen Produktion verflochten und zu einer Krise der Weltwirtschaft entwickelt. Die globale Überproduktion hatte sich hinter der ungeheuren Ausdehnung des Kredits und des schuldenfinanzierten Konsums versteckt. Mit dem Platzen der Immobilien-Spekulationsblase kam sie zur Wirkung und führt mit einer noch nie da gewesenen Geschwindigkeit rund um dem Globus und quer durch alle Industriesektoren zu Produktionseinstellungen, Pleiten und Entlassungen. Damit bricht auch das bisherige Wachstumsmodell des globalen Kapitalismus, in dem der Konsum und die Profite in den USA als Lokomotive für die gesamte Weltwirtschaft fungiert hatten, zusammen.

Die Institutionen der EU und die Regierungen der Mitgliedsländer haben auf den Ausbruch der Finanzkrise mit reger Aktivität reagiert und einen Gipfel nach dem anderen organisiert, um den Zusammenbruch des Finanzsystems zu ver-

hindern. Milliardenschwere Rettungsschirme werden aufgespannt, um die Banken zu schützen. Aber während für die Rettung der Vermögen der Reichen unvorstellbare Summen bereitgestellt werden, scheinen Armut, prekäre Beschäftigung, zunehmende Ungleichheit, Klimakatastrophe, Welternährungs- und Hunger von Hunderten Millionen Menschen vergessen. Arbeitslosigkeit wird nur als Argument gebraucht, um die Hilfe für die Banken, Konzerne und Reichen zu legitimieren. Nicht einmal ein Bruchteil der Summe, der zur Rettung der Banken ausgegeben wird, wird zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise und zum Schutz von Arbeitsplätzen, Einkommen und des Lebensstandards großer Bevölkerungsteile zur Verfügung gestellt.

Ungeachtet der katastrophalen Auswirkungen verfolgen EU-Kommission und Regierungen – mit Unterstützung durch den Europäischen Gerichtshof – weiterhin ihr Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramm. Dies kommt in den Initiativen zu „Flexicurity“ auf dem Arbeitsmarkt und angesichts der weiteren Liberalisierungen im Gesundheitswesen besonders klar zum Ausdruck.

Ohne die Unterstützung aus Europa wären die aktuellen und zukünftigen Kriege der USA im Mittleren Osten und Afrika nicht führbar. Ramstein ist der größte US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der USA; in Heidelberg und Stuttgart sitzen NATO und US-Army-Hauptquartier; auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr trainieren die „Stryker-Brigaden“ für den Häuserkampf in Bagdad; die Luftwaffenbasis Spangdahlem ist ebenso wie das italienische Vicenza eine der Basen für die Kriege im Irak und in Afghanistan. Mit Krieg soll der weltweite Zugriff der Multis aus den kapitalistischen Metropolen auf Öl und Gas gesichert werden. Deshalb kämpfen deutsche Truppen neben der US-Armee und Militär aus anderen EU-Ländern in Afghanistan. Dadurch wird Afghanistan immer tiefer ins Elend und die ganze Welt immer weiter in die Spirale von Krieg und Terror gezogen.



Dr. Erika Abczynski
Kinderärztin
DKP-Kandidatin
zur Europawahl

Die Europäische Union, das ist Politik für die Konzerne und durch die Konzerne. Im Lobbyismus in Brüssel wird die Käuflichkeit der Politik immer wieder offensichtlich. Bezahlen müssen die Arbeiter und Angestellten sowie die Arbeitslosen. Die EU hat zu einer Spirale des Sozialabbaus und zur Verarmung von Millionen Menschen geführt, obwohl Europa reich ist. Mit dem „Reformvertrag von Lissabon“ soll die Aufrüstung vertraglich festgeschrieben werden. Das muss verhindert werden! Die für Rüstung vergeudeten Milliarden müssen in die Sozialhaushalte umgelenkt werden. Bildung, Gesundheit, Rettung von Natur und Klima – statt Rüstung!

Durchsetzen lässt sich das nur, wenn Arbeiter und Angestellte mit ihren Familien auf die Straße gehen: für den Frieden, für den Erhalt der Arbeitsplätze, für gute Gesundheitsversorgung und Bildung für alle. Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind dabei, wenn es um die Rechte der arbeitenden Menschen und die Zukunft der Jugend geht. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Wohl der Menschen und nicht der Profit das oberste Ziel ist.

Die Partei der Europäischen Linken fordert ein Europa, das friedlich ist und zivil handelt, das sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, das feministisch ist und sich auf der Grundlage von Demokratie und Solidarität entwickelt. Dafür ist eine neue Synergie sozialer und politischer Kräfte notwendig. Das erfordert die Ideen, Initiativen und die beharrliche Arbeit von politischen Akteuren und demokratischen Kräften, von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, von Vertretern der Zivilgesellschaften.

Alternativen sind möglich – durch den gemeinsamen Kampf sowohl auf der Straße wie in den Parlamenten.



Europa, das ist nicht nur das Europa der Banken und Konzerne

Und: Europa ist größer als die Europäische Union.

In den zurückliegenden Jahren haben sich viele Menschen in vielen Ländern Europas gegen die neoliberale Politik zur Wehr gesetzt. Sie kämpften um ihre Arbeitsplätze und gegen Standortverlagerungen, gegen die Erhöhung des Rentenalters und den Abbau der sozialen Sicherung. Sie protestierten gegen Prekarisierung und wachsende Armut. Sie wehrten sich gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und gegen die Macht der Energiekonzerne. Sie setzten sich für den Schutz der Umwelt und für das Recht auf gesunde Ernährung ein. Europaweit entwickelten sie Widerstand gegen die „Bolkestein-Richtlinie“ und die „Hafenrichtlinie“, mit denen der tarifliche und gesetzliche Schutz der Arbeitskraft unterminiert wird. Studenten und Schüler wehrten sich gegen die Privatisierung der Bildungseinrichtungen, gegen Studiengebühren und die Verschlechterung von Bildung und Bildungschancen. In allen Ländern der Europäischen Union setzten sich Menschen für Frieden und Abrüstung ein und demonstrierten gegen Krieg und Besatzung im Irak und Afghanistan. Sie protestierten gegen den Abbau demo-

**Karin Schnittker,
Bibliothekarin
DKP-Kandidatin
zur Europawahl**



Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. Die Wohnung ist ein Sozialgut. Das gilt unabhängig von Rasse, Geschlecht und Einkommen. Eine Wohnung bedeutet mehr, als ein Dach über dem Kopf zu haben. Es ist ein Menschenrecht, in Sicherheit, Frieden und Würde zu leben. Deshalb bin ich seit Jahren in Essen aktiv gegen die Spekulation mit Wohnungen, für umfassenden Mieterschutz, für bezahlbare Mieten, gesunde Wohnstandorte und ausreichende Versorgung mit Wasser und Energie. Die Europäische Union macht mit ihrer neoliberalen Wohnraumpolitik für immer mehr Menschen das Wohnen zu einem unbezahlbaren Luxus. Dagegen engagiere ich mich für das uneingeschränkte Menschenrecht auf eine Wohnung.

kratischer Rechte und gegen die Abschaffung des Asylrechts. Sie lehnten sich gegen Rassismus und Sexismus auf und stritten für gleiche Rechte für Alle, für eine offene Zuwanderungs- und Integrationspolitik, und für das Recht und die Möglichkeit für jeden, in Würde und Solidarität zu leben.

In Volksabstimmungen haben die Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande den Verfassungsentwurf für die Europäische Union zurückgewiesen. Die Bevölkerung Irlands hat stellvertretend für alle anderen Länder, in denen die Regierungen der Bevölkerung das Recht auf eine Volksabstimmung verwehrten, den „EU-Reformvertrag“ zurückgewiesen.

In diesen Kämpfen wird ein anderes Europa sichtbar – ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, dessen Wirtschaft den Menschen dient und das sich auf der Basis von Demokratie und Solidarität entwickelt.

Die DKP ist ein Teil dieser vielgestaltigen Bewegung, die für ein anderes Europa

kämpft. Wir wollen dieses Ziel gemeinsam mit den vielen anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften, die für ein friedliches, demokratisches, soziales, feministisches und ökologisches Europa kämpfen, erreichen. Aus diesem Grund ist die DKP mit einem Beobachterstatus ein Teil der Partei der Europäischen Linken.

Wie Millionen Menschen in Europa sind wir der Meinung:

Ein anderes Europa ist möglich!

Eine fortschrittliche Alternative zur heutigen Europäischen Union kann unserer Meinung nach nicht in einer Rückkehr zur nationalstaatlichen Abschottung und zum Gegeneinander der kapitalistischen und imperialistischen Nationalstaaten der Vergangenheit liegen.

„Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen. Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden. Nur ein Europa, das gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, würde das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern. Dazu muss die Macht der Transnationalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden.“

(Programm der DKP)

Ein sozialistisches Europa ist nötig

Eine wirkliche Einigung Europas, die den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung dient und den Lehren der europäischen Geschichte, den Idealen der europäischen Arbeiterbewegung und dem Humanismus der europäischen Aufklärung entspricht, erfordert den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen

Produktions- und Eigentumsverhältnissen. Deshalb ist ein neuer Anlauf zum Sozialismus, bei dem die Lehren aus der Niederlage des Sozialismus in Europa beachtet werden, eine zwingende Notwendigkeit, wenn die Menschheit dem Zyklus zerstörerischer imperialistischer Kriege und kapitalistischer Verelendung und Umweltzerstörung entkommen will.

Doch der Weg zu einer solidarischen Gesellschaft, dem Sozialismus, ist weit. Er kann angesichts der heute gegebenen Realitäten nur dadurch geöffnet werden, dass alle, die ein anderes, friedliches, soziales und demokratisches Europa wollen, an der Stärkung des Widerstands gegen die derzeitige unsoziale und imperialistische EU-Politik mitwirken und zur Sammlung von Gegenkräften beitragen.

Ein Europa, wie es den Interessen und Wünschen der Völker entspricht, wird nicht allein und nicht in erster Linie durch den Stimmzettel, schon gar nicht durch die Stimmabgabe bei der jetzt anstehenden EU-Wahl zu erreichen sein.

Es kann nur im Rahmen eines langfristig angelegten politischen Kampfes zustande kommen, durch das Erstarken der europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und durch Klassenkämpfe, durch das Stärkerwerden großer außerparlamentarischer Bewegungen, durch das Anwachsen von Volksbewegungen, die zu veränderten politischen Kräfteverhältnissen in Europa führen. Nur so können Voraussetzungen entstehen, um der europäischen Integration eine andere Richtung und einen anderen Inhalt zu geben.

Deshalb stehen für uns auch im Wahlkampf zum Europäischen Parlament außerparlamentarische Aktionen im Vordergrund.

Zugleich rufen wir aber dazu auf, die Möglichkeit zu nutzen, bei den EU-Wahlen 2009 auch mit dem Stimmzettel ein Zeichen zu setzen – ein Zeichen für das Stärkerwerden der Widerstandskräfte, für die Stärkung einer entschlossenen Opposition gegen die derzeitige EU-Konstruktion, für die Forderung nach einem anderen, friedlichen und demokratischen Europa.

**Deshalb rufen wir dazu auf,
die Deutsche Kommunistische
Partei zu wählen.**





ACHT Forderungen der DKP zur Wahl des Europäischen Parlaments

Wir Kommunistinnen und Kommunisten stellen folgende Forderungen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes:

1. Kein Ausbau der EU zur Militärmacht

- Von europäischem Boden darf nie mehr Krieg ausgehen.

Deshalb:

Widerstand gegen den EU-Reformvertrag mit dem die Militarisierung Europas vorangetrieben wird. Einstellung aller Maßnahmen zur Schaffung von EU-Interventionsstreitkräften für Einsätze innerhalb und außerhalb des EU-Territoriums. Verbot aller Auslandseinsätze von EU-Streitkräften.

- Auflösung aller bestehenden EU-Militärgremien und Führungsstäbe (Militärkomitee, Militärstab). Kein „europäisches Hauptquartier“ in Brüssel oder anderswo. Keine „Europäische Rüstungsagentur“ und kein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“.
- Rückzug aller Soldaten aus EU-Staaten aus dem Einsatz in Ländern außerhalb der EU. Bundeswehr raus aus Afghanistan, dem Nahen Osten und Afrika!
- Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen auf europäischem Boden (einschließlich der Vernichtung der französischen und britischen Kernwaffen und ihrer Trägersysteme).
- Stopp aller Rüstungsaufträge zur „Modernisierung“ der Streitkräfte der EU-Staaten.
- Verwirklichung eines umfassenden Abrüstungsprogramms aller EU-Staaten. Kürzung ihrer Militärausgaben innerhalb der nächsten vier Jahre auf die Hälfte. Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion ohne Vernichtung von Arbeitsplätzen. Aktives Eintreten der EU für weltweite Abrüstung.
- Beseitigung aller Bindungen der EU an die NATO und an Militäreinrichtungen der USA. Auflösung aller US-Stützpunkte in Europa, Abzug aller US-Streitkräfte aus Europa. Auflösung der NATO.
- Für eine EU auf der Grundlage nichtmilitärischer Konfliktlösungsstrategien und der Beseitigung der Ursachen von Konflikten unter Einbeziehung aller europäischen Staaten.



2. Für einen Richtungswechsel in der Klima-, Energie- und Ernährungspolitik

Klima, Energie und soziale Probleme hängen so eng miteinander zusammen, dass sie auch nur zusammen gelöst werden können.

- Die Pläne der Europäischen Union, die Energieversorgung militärisch zu sichern, müssen energisch zurückgewiesen werden. Energiesicherheit verlangt Frieden, kooperative Zusammenarbeit aller Länder, Energieeinsparung und die beschleunigte Umstellung auf erneuerbare Energien. Eine sichere und umweltschonende sowie für Alle bezahlbare Energieversorgung wird es nur geben, wenn die Strom-, Gas und Ölmonopole in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden.
- Der globale Ausstoß von CO₂ und anderen Gasen ist schnell und einschneidend zu reduzieren. Mit kapitalistischen Marktmechanismen wie dem Handel von Emissionsrechten ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Eine europäische Energie- und Klimapolitik darf sich nicht an den Kosten für die Konzerne orientieren, sondern am Erhalt der Umwelt für die nächsten Generationen. Die Energie- und Emissionsreduktion darf nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer gehen, denn alle Menschen auf dieser Welt haben die gleichen Rechte. Deshalb muss sich Europa für eine neue, solidarische Weltwirtschaft engagieren. Dazu gehören die Entwicklung sauberer, ressourcenschonender und energiesparender Technologien und der Transfer moderner Technologien in Entwicklungsländer.
- Die Agrarpolitik der Europäischen Union darf sich nicht länger an den Interessen des Agro-Industriellen Komplexes orientieren. Die protektionistische Agrarpolitik der EU gegenüber den Entwicklungsländern ist zu beenden. Das Subventionssystem für die Landwirtschaft der EU ist so zu verändern, dass in Europa eine regionale, umweltschonende Landwirtschaft zur Produktion gesunder Lebensmittel möglich wird. Sichere Einkommen für die in der Landwirtschaft Tätigen, Schutz der Umwelt sowie die Unterstützung für Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in anderen Regionen der Welt – insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika – müssen Hand in Hand gehen.

3. Stopp des Sozialabbaus und der Massenarbeitslosigkeit

- Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich in allen EU-Staaten als Hauptweg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Einführung der 35-Stunden-Woche per EU-Gesetz. Verkürzung statt Verlängerung der Lebensarbeitszeit, d. h. in Deutschland z. B. Rente ab 60 für Männer bzw. 55 Jahren für Frauen.
- Umfassende staatliche Beschäftigungs- und Strukturprogramme auf nationaler und europäischer Ebene zum Einstieg in ein anderes, umweltschonendes und soziales Produktions- und Konsumtionsmodell, finanziert aus den Rüstungshaushalten und durch höhere Steuern auf Unternehmerprofite, Spekulationsgewinne und Großvermögen.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) muss demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Diese muss genutzt werden, um die Aufgabe der EZB grundlegend zu verändern. Die EZB muss eine gemeinsame, auf Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und den Schutz der Umwelt gerichtete Wirtschaftspolitik unterstützen. Dazu muss der Wachstums- und Stabilitätspakt in einen Solidaritätspakt verändert werden. Erforderlich ist die Bekämpfung der Finanzspekulation durch Verbot der Spekulation mit Devisen, Energie und Nahrungsmitteln, ein Verbot von Hedgefonds und die Überführung der marktbeherrschenden Finanzinstitute in öffentliches Eigentum.
- Einführung eines EU-weit geltenden Mindestlohnes in Höhe von 60% des jeweiligen Durchschnittslohnes eines Landes, an dessen Höhe sich der Mindestbetrag für alle Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Krankengeld, Kurzarbeitsgeld), Grundsicherungen, Sozialhilfen und Renten zu orientieren.



Wir betonen: Die arbeitenden Menschen sollen nicht für die Krise zahlen, während Banken und Vermögen gerettet werden. Die Logik der Pläne der G7 wie auch der Europäische Union bedeutet, die Profite zu privatisieren und die Verluste zu vergesellschaften.



tieren haben. Damit soll dem Ziel, jedem Menschen ein Leben in Würde und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen, näher gekommen werden.

- EU-weite Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Ausbau der kollektiven und individuellen Rechte am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen. Wirksame Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer gewählten Vertretungen

und Gewerkschaften über Investitionen, Standortentscheidungen etc.

- Neufassung der europäischen Sozialcharta mit der Festlegung verbindlicher sozialer Rechte und Mindeststandards in der gesamten EU, die eine Angleichung „nach oben“ auf die jeweils für die Beschäftigten günstigsten Standards vorsehen.
- Aufhebung aller EU-Direktiven, die die Mitgliedsstaaten zur Einschränkung der Sozialausgaben, zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, zur Förderung prekärer Beschäftigung und Leiharbeit, zur Privatisierung öffentlicher Dienste und der sozialen Sicherungssysteme im Bereich der Gesundheits- und Alterssicherung zwingen bzw. auffordern. Jegliche Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist zu stoppen, insbesondere die Energie- und Wasserversorgung darf nicht dem Profitdiktat der Großkonzerne unterworfen werden.



4. Bessere Zukunftsaussichten und Förderung für junge Menschen

- Europaweite Ausbildungsplatzgarantie durch ein europäisches Ausbildungsgesetz mit verbindlichen Bestimmungen für alle EU-Staaten, die sicherstellen, dass Jede und Jeder in Europa einen zukunftsorientierten, den eigenen Neigungen entsprechenden Beruf erlernen kann. Finanzierung der Ausbildung auf Kosten der Betriebe und Unternehmen bzw. durch eine obligatorische Ausbildungsabgabe für alle Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten. Sicherung einer Ausbildungsvergütung, die ein elternunabhängiges Leben ermöglicht.
- Sicherung des kostenlosen Zugangs zu Schulen, Bildung und Weiterbildung für alle jungen Menschen. Abschaffung aller Formen von Schulgeld in

Kerem Schamberger, Auszubildender DKP-Kandidat zur Europawahl



Die Europäischen Union gibt der Jugend keine Zukunft. Erst Schmalpurausbildung, wie die Industrie es braucht. Dann arbeitslos oder Arbeit als Praktikant, befristet oder als Leiharbeiter. Und jetzt in der Krise fliegen Jugendliche als erste auf die Strasse. In der EU ist jeder sechste Jugendliche ohne Job. Tendenz steigend. Die Nazis nutzen die Verunsicherung und Perspektivlosigkeit aus und entfachen einen Krieg der Armen untereinander. Rassismus und Nationalismus spaltet und sollen den gemeinsamen Kampf verhindern. Die Regierungen nutzen das aus, um selbst den Krieg gegen die Armen zu führen; nach Innen und nach Außen. Die Europäische Union wird zur Festung gemacht. An ihren Grenzen sterben Menschen aus Afrika und Asien zu Tausenden. Sie fliehen vor Hunger, Elend und Krieg, und werden an den Grenzen ins Meer zurückgestoßen. In Italien wird mit Soldaten Jagd auf MigrantInnen gemacht.

Ich kandidiere für die DKP, weil die Jugend und die Menschheit insgesamt nur eine humane Zukunft haben, wenn der Kapitalismus überwunden wird. Jede Stimme für die DKP ist eine Stimme gegen das Europa der Bosse und Monopole, eine Stimme gegen den Kapitalismus, eine Stimme für eine humane, sozialistische Zukunft.

Der Bologna-Prozess – die Unterordnung von Schule, Universität und Forschung unter die Interessen der Privatwirtschaft, den Profitmachern des freien Marktes – muss umgekehrt werden. Bildung ist ein Menschenrecht.

öffentlichen Schulen, kostenlose Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien. Gewährleistung einer ausreichenden Zahl von modernen Schulen in gutem Zustand mit einer entsprechenden Zahl von qualifizierten Lehrkräften, um in kleinen Klassen eine individuelle Förderung der Jugendlichen bis zu einem qualifizierten Schulabschluss zu sichern.

- Europaweites Schüler- und Studentenstipendium für Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren, das eine elternunabhängige Existenz ermöglicht, für eine Dauer, die der durchschnittlich benötigten Zeit bis zum entsprechenden Studienabschluss entspricht. Europaweites Verbot aller Formen von Studiengebühren und ähnlichen Abgaben. Ausbau des Netzes weiterbildender Schulen und Hochschulen mit einer dem steigenden Bedarf angepassten Zahl von gut und modern ausgestatteten Studieneinrichtungen.
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch europaweite sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, deren Wirksamkeit und Effektivität jährlich und öffentlich überprüft wird.
- Verbesserung des europaweiten Jugend-, Schüler- und Studentenaustauschs mit dem Ziel, dass jede und jeder Jugendliche vor Erreichen des 25. Lebensjahrs mindestens einmal daran teilgenommen hat.

5. Für ein Europa der Frauen

Die DKP tritt für eine europäische Politik ein, die insbesondere die Lage und die Lebenssituation von Frauen verbessert und den Alltagsdruck für Millionen von Frauen spürbar beseitigt. Im Vordergrund stehen dabei eine Politik, die den



Frauen den ungehinderten Zugang in eine qualifizierte Erwerbsarbeit ermöglicht. In der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen sehen wir den entscheidenden Faktor zur nachhaltigen Veränderung der Gesamtsituation der Frauen. Schritte dazu sind u. a.:

- Beschäftigungsprogramme für Frauen
- Gesetzliches Verbot geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse
- Qualifizierte, kostenlose und flächendeckende Kinderkrippen- und Kindergartenplätze sowie Einheitsschulen in Ganztagesform
- Wer junge Frauen nicht ausbildet – muss zahlen!
- Entlastung der Familien durch den Ausbau menschenwürdiger Pflegeangebote
- Besondere Förderungen und Unterstützung alleinerziehender Frauen

Die DKP tritt für eine europäische Politik ein, die insbesondere die Lage und die Lebensbedingungen von Frauen in Süd- und Osteuropa sofort und nachhaltig verbessert. Dazu gehört u. a.:

- Sofortprogramm zur Beseitigung von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Beschäftigungsprogramme in Süd- und Osteuropa

Wir fordern:

- **Das Recht auf Selbstbestimmung und Abtreibung in allen Ländern Europas**
- **Den Zugang zur Gesundheitsvorsorge – auch gynäkologische Untersuchungen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus für alle in Europa lebenden Frauen.**



**Bettina Jürgensen, erwerbslos,
vorher in der Kultur- und
Soziokulturarbeit tätig
DKP-Kandidatin zur Europawahl**

Selbstverständlich verdienen wir Frauen mehr, als uns gezahlt wird. Es bedarf keiner Studien und Erhebungen dies festzustellen. Frauen im Arbeitsleben oder die als Erwerbslose leben erfahren es spätestens mit dem monatlichen Zahltag. Aber jetzt haben wir es auch amtlich: der zuständige EU-Sozialkommissar hat festgestellt, dass Deutschland „nach wie vor zu den Staaten mit der größten Ungleichheit bei der Bezahlung von Frauen und Männern“ gehört. Sind wir Frauen selbst daran schuld, wie die Studie suggerieren will? Mitnichten! Die Niedrigstbezahlung in sogenannten typischen Frauenberufen gehört abgeschafft, diese Berufe gesellschaftlich aufgewertet! Es müssen endlich Arbeits- und soziale Bedingungen geschaffen werden, die es Frauen mit Kindern (ob nun mit oder ohne Mann) möglich macht gleichberechtigt einen Beruf auszuüben!



Wir bekräftigen unser Nein zum Vertrag von Lissabon. Die demokratische Äußerung des Volkswillens muss respektiert werden – in einem neuen demokratischen Prozess mit aktiver Beteiligung der Bürger, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments. Demokratische Partizipation und Parlamentsrechte müssen durch Normen für Volksbegehren, erweiterte Mitbestimmung sowie das Verhältnis zwischen nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament gestärkt werden. Es sind die Bürger der EU, die über eine Alternative zum Lissaboner Vertrag zu entscheiden haben.

6. Demokratie erneuern

- Einführung von qualifizierten Mitbestimmungsrechten der Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer partizipativen Demokratie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, von der Kommune über die Regionen und Nationalstaaten bis zur EU-Ebene, durch Formen direkter Bürgerbeteiligung an staatlichen Entscheidungen wie Volksentscheiden und Volksabstimmungen, durch Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte sowie durch kommunale und regionale Mitbestimmungsgremien wie etwa Wirtschafts- und Sozialräte.
- Erweiterung der Rechte und Kompetenzen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente. Abschaffung des alleinigen Initiativrechts der „Europäischen Kommission“ für das Zustandekommen von EU-Gesetzen sowie der Gesetzgebungskompetenz des EU-Ministerrats. Übertragung des alleinigen Rechts zum Erlass von EU-weit geltenden Gesetzen an das EU-Parlament. Möglichkeit der Abberufung von EU-Abgeordneten durch die Wähler auch während der Legislaturperiode bei Nichterfüllung von Wahlversprechen und Wähleraufträgen.
- Aufhebung der in den EU-Staaten im Namen der „Bekämpfung des Terrorismus“ eingeführten Maßnahmen der verstärkten polizeistaatlichen Bürgerüberwachung, der Einschränkung von Bürgerrechten und Datenschutz, der Einführung von elektronischen Fahndungs- und Bürgererfassungssystemen und grenzüberschreitenden „Greiftruppen“ sowie anderen „Spezialeinheiten“ und Dienststellen.
- Zurücknahme der Antikommunismusresolution des Europarates vom Januar 2006.



Wir wollen ein weltoffenes und einwanderungsoffenes Europa. Europa darf keine Festung sein, die Menschen in Not abweist. Deshalb setzen wir uns für eine gemeinschaftliche EU-Flüchtlings- und Einwanderungspolitik entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention ein. (...) Deshalb weisen wir das bestehende FRONTEX-System der Grenzkontrolle zurück und verlangen, dass alle Pläne zur Umsetzung des „Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl“ sowie der „Rückkehr-Richtlinie“ aufgegeben werden. Abschiebegefängnisse müssen geschlossen werden.



7. Konsequenz gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus

- Europaweite Einführung eines Staatsbürgerschaftsrechts, das sich am Aufenthaltsort der betreffenden Menschen und nicht an der nationalen oder ethnischen Herkunft und Abstammung orientiert. Gleiche politische und soziale Rechte für alle in den EU-Staaten lebenden Immigrantinnen und Immigranten. Gleiches Wahlrecht für alle in der EU lebenden Menschen bei allen Wahlen und Abstimmungen einschließlich der Wahl der nationalen Parlamente.
- Sicherung und Garantierung eines ungeschmälernten Rechts auf Asyl in den EU-Staaten für alle, die vor politischer, rassistischer oder ethnischer Verfolgung, vor Krieg, Hungersnot und Verelendung fliehen müssen.
- Aufhebung aller Bestimmungen des Schengen Abkommens zur Abschottung der EU-Außengrenzen gegen Flüchtlinge, Schluss mit der menschenrechtswidrigen Abschiebungspraxis in den EU-Staaten. Auflösung der Abschiebelager und der EU-Agentur zur Flüchtlingsbekämpfung FRONTEX.
- Verbot und Auflösung aller faschistischen und neofaschistischen, ausländerfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Parteien und Organisationen in der EU einschließlich der Unterbindung aller ihrer öffentlichen Auftritte und Publikationen.
- EU-weite Programme und Maßnahmen zur Pflege des Vermächtnisses und der Geschichte des Antifaschismus, zur Aufdeckung der Ursachen des Faschismus, der Rolle der verschiedenen Kräfte des antifaschistischen Widerstandes; darunter des der kommunistischen und sozialistischen Linken, in der Öffentlichkeit, besonders unter der Jugend, an Schulen und Hochschulen.

8. Für ein Europa der internationalen Partnerschaft und Solidarität

- Verzicht der EU auf alle imperialistischen Groß- und Weltmachtambitionen als „global player“. Statt dessen soll die EU für eine neue Weltordnung der gleichberechtigten Partnerschaft und Solidarität mit allen Staaten und Völkern der Erde ohne jede Führungsrolle und jeden Führungsanspruch einzelner Staaten eintreten. Konsequentes Eintreten der EU für die Beibehaltung und strikte Einhaltung des im Ergebnis des zweiten Weltkriegs entstandenen Völkerrechts, wie es in der UNO-Charta festgelegt ist. Respektierung der darin enthaltenen Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der souveränen Gleichheit aller Staaten, des Verzichts auf Gewalt, der Achtung der territorialen Unversehrtheit aller bestehenden Staaten und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten.
- Gleichberechtigte partnerschaftliche Beziehungen der Solidarität und Zusammenarbeit der EU mit allen Ländern. Fairer Handels-, Wirtschafts- Wissens- und Technologieaustausch mit dem Ziel der sichtbaren Reduzierung und schließlich der Überwindung der Entwicklungsrückstände dieser Länder und der durch kapitalistische Ausbeutung entstandenen „Nord-Süd-Kluft“, ohne ihnen die von kapitalistischem Profitstreben bestimmten „westlichen“ Wirtschafts- und Konsummodelle aufzudrängen oder überzustülpen. Aufhebung aller Handelsbarrieren der EU gegen Einfuhren aus Entwicklungsländern. Verzicht auf Exporte in Entwicklungsländer, wenn dadurch deren Binnenwirtschaft gestört wird.
- Eintreten der EU für die Beseitigung der Verschuldung der Entwicklungsländer durch generelle Streichung ihrer Schulden – Teilnahme der EU an entsprechenden internationalen Entschuldungsprogrammen.
- Die EU muss zum Partner und Förderer der neuen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Lateinamerika werden.

Mohammad Daud Assad, Architekt DKP-Kandidat zur Europawahl



Ich bin Vorsitzender des afghanischen Kulturverein SH e.V., denn natürlich bewegt mich, was in meinem Heimatland passiert. Angeblich wird am Hindukusch die Freiheit und die Sicherheit Deutschlands verteidigt. Aber der Krieg der Nato-Truppen in Afghanistan steuert unaufhaltsam in ein Desaster. Tausende von Soldaten besetzen das Land, Milliarden von Dollar fließen nach Afghanistan, aber nach wie vor gibt es kein sauberes Trinkwasser, keine Elektrizität, keine Arbeit. Die Familien verkaufen auf den Straßen ihre Kinder, weil sie Hunger haben. Afghanistan ist Weltmeister im Anbau und Export von Opium. Der Krieg fordert immer mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung. Die Bevölkerung Afghanistans braucht zivile Wiederaufbauhilfe. Mit militärischen Mitteln sind Frieden und Entwicklung nicht zu erzwingen. Deutschland und Europa muss zur Besinnung kommen: Bundeswehr und alle Nato-Truppen raus aus Afghanistan!



Ein Mittelmeerraum, in dem ein stabiler, dauerhafter Frieden herrscht, ist undenkbar ohne die Lösung des Nahostkonflikts. Die entscheidende Voraussetzung dafür besteht in der Anerkennung und Durchsetzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen, lebensfähigen Staat an der Seite des Staates Israel, die beide mit gleichen Rechten in einem friedlichen Umfeld zusammenleben. Die Europäische Linke wird alles in ihren Kräften stehende tun, um die EU und ihre Mitgliedstaaten zu konsequentem Handeln in dieser Richtung zu drängen. Mehr noch: Europa muss .. sich selbst aktiv für ein Ende der militärischen Besatzung in den palästinensischen Gebieten, für die Beseitigung der „Mauer“ entsprechend dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und für die strikte Erfüllung aller entsprechenden Resolutionen der UNO einsetzen.

Herausgeber: DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
ViSdP: Klaus Weißmann • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Tel.: 0201-177 889-0 Fax: 0201-177 889-29 Mail: dkp.pv@t-online.de • www.dkp.de
Fotos: dpa, Detlef Deymann, Shari Deymann • Grafik: KP